Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 90 Pf. monatlich, 2.70 Mk. vierteljährlich. Bei unsern Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich.
Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertage nur 1mal.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.
Berliner Redaktion: In den Zelten 9.
Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 497.

107. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk. von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher.
Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Geschäftsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg: Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprecher Lützow 9971. Direktion Walter Fliegel.

Nr. 463. Freitag, den 12. September. 1913.

Erinnerungen an 1813:

12. September: General Thielemann überfällt Naumburg und macht 400 Gefangene.
Napoleon nimmt sein Hauptquartier bei Bärenstein.
Der Rat zu Leipzig nimmt eine Anleihe von 400 000 Talern auf bei den Bürgern.

Das Wichtigste.

* Die Tagung des Bundes der Industriellen wurde am Donnerstag mit einem Festmahle abgeschlossen. (S. Ver.)

* In Breslau wurde am Donnerstag der Deutsche Anwaltstag eröffnet. (S. bes. Art.)

* In der Stellung Preußens gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat sich nichts geändert. (S. Dtschs. R.)

* Der „Matin" verlangt, daß König Konstantin seine in Berlin bei der Verleihung des Marschallstabes gehaltene Rede einer Korrektur unterzieht. (S. Pol. Uebers.)

* Als Ursache des Fliegerabsturzes bei Büchenbeuren werden plötzlich eingetretene Böen angegeben. (S. bes. Art.)

Deutschland und Oesterreich.

⊙ Berlin, 10. September.

Zwischen Berlin und Wien stimmt es seit einiger Zeit nicht mehr ganz: auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich, ja sogar — was schmerzlicher ist — auch auf die zwischen Reichs- und österreichischen Deutschen ist ein leiser Reif gefallen. Wir haben auf das, was sich so anbahnte, schon mehrfach aufmerksam gemacht. Zum ersten Male, als im vorigen Herbst beim Ausbruch dieser eigenartigen orientalischen Glaubenskriege man bei uns in Deutschland, bei Regierenden wie Regierten, so gar kein Verständnis zeigte für die nationalen, wohlverstanden: die gesamtdeutschen Interessen, die dabei angerührt wurden. Dann, ein paar Monate später, nach einem Besuch in Oesterreich, bei dem wir gerade bei den tapfersten und selbstlosesten Vorkämpfern des dortigen Deutschtums auf eine Verbitterung gestoßen waren, die uns für die Zukunft des deutschen Volks, das niemals — die Nichtsalsgroßpreußen mögen sich beruhigen — allein auf die Grenzen des heutigen Reichs beschränkt war und vermutlich nie auf sie beschränkt sein wird, mit banger Sorge erfüllte. Nun erleben wir die schmerzliche Genugtuung, daß, was wir so mit zwingender Gewalt aufsteigen sahen, in einer Wiener Korrespondenz der „Frankf. Zeitung" als betrübliche Tatsache zugegeben wird. Die hat zu diesen Dingen immer anders gestanden als wir; auch ihr Wiener Korrespondent sah die Entwicklung vorwiegend aus den Brillengläsern jener reichsdeutschen Genügsamkeit, der schon die Verhinderung eines bewaffneten Zusammenstoßes für Deutschland als höchstes Erdenglück erschien. Aber die Stimmung, die jetzt in der Donaumonarchie aufkam und nach unserer Kenntnis von Woche zu Woche mehr sich ausbreitet, hat ihn doch stutzig gemacht, und so rät er zur Selbstbesinnung. Der Teil der deutschen Presse, der — beinahe eine habituelle Krankheit dieser kraftmeierischen Zeit — Oesterreich wie einen herabgekommenen armen Verwandten zu behandeln liebt, wird zu höflicherer Schreibart ermahnt, und daneben der sehr nachdenklichen, gelegentlich auch von uns aufgeworfenen Frage nachgegangen: ob es denn so ausgemacht sei, daß Oesterreich mehr auf uns angewiesen sei, als wir auf Oesterreich.

Es liegt auf der Hand, daß nicht alle österreichischen Klagen berechtigt sind. Dem Vorwurf, daß ausschließlich Deutschland an der zaghaften Politik Oesterreichs schuld gewesen sei, an diesen großen hochgemuten Worten von heute, denen dann vierundzwanzig Stunden später schon die Chamade folgte, mangelt sicher die zureichende Begründung. Selbst wenn Graf Berchtold mit einem lebhafteren Temperament ausgerüstet wäre, als er es doch offensichtlich ist, hätte ein Land, an dessen Spitze ein zweiundachtzigjähriger Monarch steht, nicht eben danach gegiert, das Schwert aus der Scheide zu lockern. Man wird auch ohne weiteres zugeben dürfen, daß Deutschland recht handelte, da es den Bukarester Frieden zu revidieren sich weigerte. Nur wird man freilich hinzufügen müssen, daß umgekehrt auch manchen Vorwürfen, die in Deutschland — und nicht nur von unverantwortlichen Schwätzern, selbst von solchen, die hell und voll die Glorie des Amts umstrahlt — gegen Oesterreich erhoben werden, jede Basis fehlt. Das gilt insbesondere von dem beliebten Einwand: die Oesterreicher müßten anfangen, ihre Slawen besser zu behandeln; dann würde selbst ein Groß-Serbien aufhören, ihnen eine Gefahr zu bedeuten. Nichts ist törichter. Von der habsburgischen Bureaukratie ist in Böhmen und im Süden — auch der neuerliche Triestiner Erlaß des Prinzen Hohenlohe liegt auf dieser Linie — soviel an Verhätschelung des Slawentums geleistet worden, daß nach der Richtung wirklich nicht mehr viel zu tun übrig bleibt.

Was in den letzten Wochen drüben die meiste Verstimmung geweckt hat, — das Telegramm an König Carol und die Verleihung der Feldmarschallswürde an König Konstantin — entzieht sich unserer Beeinflussung. Wir müssen uns nun schon wohl oder übel damit abfinden, daß Improvisationen und dynastische oder verwandtschaftliche Empfindungen gelegentlich in den Gang unserer Politik einbrechen. Schlimmer wär's, wenn, wie es jetzt schier den Anschein hat, die Nation diese Gefühlswallungen mitzumachen sich anschicken sollte; wenn wir uns wirklich einredeten, die Griechen seien über Nacht zu begeisterten Preußenverehrern geworden und das edle Volk der Serben brenne darauf, mit Herz und mit Hand sich wirtschaftlich uns zu ergeben, sobald wir uns nur entschließen könnten, von Oesterreich abzurücken. Wer über den nächsten Tag hinauszusehen vermag, kann die Kommentare, die jetzt zu dem Fall des Belgrader Konsuls Schlieben geschrieben werden, nur mit wachsendem Unbehagen lesen. Es ist einfach nicht wahr, daß durch den Bruderkrieg der letzten Monate die slawische Gefahr für das österreichische Deutschtum geringer geworden wäre. In solcher Situation, scheint uns, kann es für uns in diesen südöstlichen Dingen nur eine Politik geben: alles zu tun, was das von allen Seiten bedrängte, schwer, aber ehrlich ringende österreichische Deutschtum stärkt. Nicht aus irgendwelchen großdeutschen Gefühlsreihen heraus; schon aus den nüchternsten Erwägungen deutscher Reichspolitik. Vergessen wir nicht, daß ein verslawtes Oesterreich der Freund aller unserer Feinde wäre. Man kann bisweilen hören (sogar in der Kanzlei einer großen Botschaft wurde uns vor ein paar Wochen diese Weisheit vorgetragen): wir brauchten nur Oesterreich den Laufpaß zu geben und wären von Stund' an mit Rußland ein Herz und eine Seele. Das ist ein Trugschluß. Die russischen Bemühungen um uns würden in dem Augenblick aufhören, wo das mitteleuropäische Bündnis zertrümmert wäre. Denn dann stünde der Dreiverband ja am Ziel seiner eigentlichsten Wünsche: Deutschland wäre wirklich und vollends isoliert. Darum nochmals: Schont und stärkt das österreichische Deutschtum! Es ist in einer Welt von Feinden der zuverlässigste Aktivposten, über den wir einstweilen noch verfügen. . . .

Die Abwicklung der Balkanwirren.

Der türkisch-griechische Vertrag.

Konstantinopel, 11. September. Reschid Bey ist aus Athen hier eingetroffen. Er überbringt den griechischen Gegenvorschlag zum türkisch-griechischen Vertrage. In Pfortekreisen wird versichert, daß eine Verständigung bevorstehe.

Zum serbisch-montenegrinischen Grenzzwischenfall.

Cetinje, 11. September. Die Regierung hat die Aufmerksamkeit der hiesigen Vertreter der Mächte auf den Zwischenfall in Tuzi sowie auf die in dieser Gegend vorgekommenen Ruhestörungen gelenkt, die geeignet seien, die Arbeiten der Internationalen Grenzbestimmungskommission zu erschweren.

Zur angeblichen Revolte in Adrianopel.

Berlin, 11. September. In den letzten Tagen wurde von einer angeblichen Revolte in Adrianopel und einer Verwundung Enver Beis gemeldet. In Konstantinopel erregte die Nachricht, wie dem „B. T." von dort gemeldet wird, starkes Kopfschütteln. Dort verlautet dergleichen nicht einmal gerüchtweise. Enver Bei weile augenblicklich in guter Gesundheit in Konstantinopel und sei völlig unverwundet.

Die Muselmanen in Bulgarien.

Konstantinopel, 11. September. Ein von ausgewanderten Muselmanen eingesetztes Komitee überreichte dem Großwesir ein Memorandum mit der Bitte, die Rechte der Muselmanen in Bulgarien zu wahren.

Politische Uebersicht

Allgemeine evangelisch-lutherische Konferenz.

Zu ihrer 14. Tagung trat in der Zeit vom 8. bis 11. September in der altehrwürdigen Stadt Nürnberg die Allgemeine evangelisch-lutherische Konferenz zusammen, die sich die Aufgabe stellt, die Lutheraner der ganzen Welt, soweit sie auf dem Boden des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses stehen, zu einigen in Bekenntnistreue und in Bekenntnisfreudigkeit. Am Nachmittag des 8. September fand eine geschlossene Sitzung des engeren Ausschusses und der Vorstandschaft statt. Am Abend vereinigte sich aus nah und fern in den geräumigen Sälen des Evangelischen Vereinshauses eine überaus große Zahl treuer Lutheraner zu einem Begrüßungsabend, den Stadtpfarrer Engelhardt-Nürnberg namens des Ortsausschusses mit einem herzlichen Willkommgruß eröffnete, in dem er betonte, daß Nürnberg eine interessante, aber auch eine gut evangelisch-lutherische Stadt sei. Freiherr v. Pechmann-München sprach über „Mehr Laiendienst in der Kirche". Ausgehend von den mancherlei Bestrebungen in der Gegenwart, dem Mitwirken der Laien in der Kirche größeren Nachdruck zu verleihen, zog er einmal die Grenzen zwischen den Arbeitsgebieten der Geistlichen und der Laien, stellte aber sodann fest, wie auch in den Kreisen der evangelisch-lutherischen Kirche das Bedürfnis nach einer stärkeren Heranziehung der Laien ein unabweisbares sei. Da es für den Begrüßungsabend nicht möglich war, alle angemeldeten Redner zum Worte kommen zu lassen, so beschränkte man sich für diesen Abend auf die Begrüßungen des Bischofs DDr. v. Scheele aus Visby, der für Schweden sprach, des Konsistorialrates Wiligerode-Dorpat für Rußland und des Professors Baucher aus Paris für die kleine evangelisch-lutherische Kirche in Frankreich. Das Schlußwort sprach Geh. Rat Prof. D. Ihmels-Leipzig, der Vorsitzende der Konferenz. Den ersten Hauptag leitete ein Gottesdienst im Nürnberger Dome von St. Lorenz ein. Die Festpredigt hielt Prof. D. Althaus-Leipzig über Joh. 7, 37—39. An den Festgottesdienst schloß sich eine Bekenntnisversammlung im Rathaussaale. Geh. Rat Ihmels-Leipzig eröffnete die Versammlung, indem er hinwies auf den Ernst der Zeit, in die die Tagung fällt, und der Hoffnung Ausdruck gab, daß dieser Ernst auch über allen Versammlungen schweben möge. An den Prinzregenten Ludwig wurde ein Huldigungstelegramm abgesandt.

XXI. Deutscher Anwaltstag.

Eig. Breslau, 11. September.

Unter Beteiligung von mehr als 1000 Rechtsanwälten aus dem ganzen Reiche hat am heutigen Donnerstag der 21. Deutsche Anwaltstag hier seine Verhandlungen begonnen, an denen im Auftrage des Reichsjustizamts der Vortragende Rat Geheimer Justizrat Dr. Lucas-Berlin, im Auftrage des Preußischen Justizministeriums Geh. Oberjustizrat Burghardt-Berlin und im Auftrage des Sächsischen Justizministeriums Geh. Justizrat Dr. Mannsfeld-Dresden teilnehmen. Der Vorsitz liegt in den Händen des Geheimen Justizrats Dr. Haber-Leipzig, unter den Ehrengästen befinden sich der Regierungspräsident von Breslau Freiherr v. Tschammer, Oberbürgermeister Dr. Matting, Stadtverordnetenvorsteher Geh. Justizrat Dr. Freund, der Rektor der Breslauer Universität Professor Dr. Arnold, der Präsident des Oberlandesgerichts Breslau Geheimrat Dr. Vierhaus und der Breslauer Erste Staatsanwalt Holle. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist der

Kampf um den numerus clausus

der zwar nicht auf der Tagesordnung steht, über den aber dennoch eingehend verhandelt werden wird. Zwar hat der letzte Anwaltstag in Würzburg mit überwiegender Mehrheit sich gegen den numerus clausus ausgesprochen, aber trotzdem haben innerhalb der deutschen Rechtsanwaltschaft Anhänger des numerus clausus nicht geruht. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Rechtsanwälte hat einen Aufruf auf Abänderung der Zulassungsvorschriften zum Rechtsanwaltsberuf erlassen, der von einer großen Mehrheit der Anwälte von Rheinland und Westfalen gutgeheißen wurde. Dadurch wurde der Stein von neuem ins Rollen gebracht und so muß sich auch der Breslauer Anwaltstag mit dieser Frage beschäftigen. Bereits am heutigen Donnerstag hat die geschlossene Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins sich mit dem numerus clausus beschäftigt, und zwar hat der Geheime Justizrat Dr. Eugen Fuchs-Berlin das Referat dazu übernommen; außerdem steht diese Frage auch als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung des Vereins der Amtsgerichtsanwälte. Die übrigen Punkte, die auf der Tagesordnung des Anwaltstages stehen, betreffen Fragen und Angelegenheiten, die für die gesamte Rechtspflege von einschneidender Bedeutung sind. Einmal handelt es sich um die Frage der Freizügigkeit und Simultanzulassung und sodann um die Frage der Reform des anwaltlichen Ehrengerichtsverfahrens und schließlich um die überaus wichtige, aber ebenso schwierige Frage der Wahrheitsermittelung im Zivilprozeß.

Dem Geschäftsbericht, den der Vorstand des Anwaltsvereins dem Anwaltstage erstattete, ist zu entnehmen, daß von allgemeinen Rechtsfragen dem Verein im letzten Jahre zunächst die Frage der Reform der juristischen Vorbildung und der Ausgestaltung der Fortbildung der Juristen eingehend beschäftigt hat. Die vom Deutschen Anwaltsverein hierüber gefaßten Beschlüsse sind dem Reichsjustizamt und den Landesjustizverwaltungen mitgeteilt worden und haben bei diesen Instanzen Zustimmung und praktische Berücksichtigung gefunden. Ferner hat sich der Verein besonders eingehend beschäftigt mit der Prüfung der Reformbedürftigkeit der Rechtsanwaltsordnung in allen ihren Teilen. Der dafür eingesetzte Ausschuß hat nach Fertigstellung eines Gebührenordnungsentwurfs die umfangreichen Arbeiten in Angriff genommen und hat sie so weit gefördert, daß die erste Lesung der gesamten Anwaltsordnung zurzeit nahezu beendet ist. Die Arbeiten an der Reform des Rechtsanwaltsgebührenwesens hat aber dadurch einen Aufschub erfahren, daß die Reichsjustizverwaltung die Beschaffung weiteren statistischen Materials fordert. Zur praktischen Förderung der Fortbildung der Juristen beteiligte sich der Deutsche Anwaltsverein an der Organisation der von der Korporation der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft unter Mitwirkung juristischer Vereinigungen ins Leben gerufenen wissenschaftlichen Ausbildungskurse für Juristen und Verwaltungsbeamte. Die Zahl der bei deutschen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte betrug am 1. Januar 1913 12324, die Zahl der Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins 9574.

In einer von den einzelnen lokalen Anwaltsverbänden gewählten

Vertreterversammlung,

die das bekannte Vorgehen der Vereinigung Rheinisch-Westfälischer Rechtsanwälte betreffend den numerus clausus eingehend besprach, wurde nach mehrstündiger Debatte schließlich von den ca. 80 Vertretern mit allen gegen 10 Stimmen eine vom Vereinsvorstande eingebrachte

Resolution

angenommen, die lautet:

Der von der Vereinigung Rheinisch-Westfälischer Anwälte erlassene Aufruf hat eine Meinungseinholung nur über die Notwendigkeit von Zulassungsbeschränkungen, die weder unsere Unabhängigkeit noch Freizügigkeit antasten und keine Herabsetzung aus politischen und konfessionellen Beweggründen zulassen, herbeigeführt, nicht aber über einen bestimmten einheitlichen Abhilfevorschlag. Angesichts dieser Tatsache und angesichts der Beschlußfassung und der eingehenden Verhandlungen auf dem Würzburger Anwaltstage erscheint es zurzeit nicht geboten, einen außerordentlichen Anwaltstag, der nach den Satzungen allein als oberstes Organ zuständig ist, einzuberufen, um so weniger, als auch aus der Mitte der Vereinigung ein Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung des diesjährigen Anwaltstages oder auf Einberufung eines außerordentlichen Anwaltstages nicht gestellt ist.

Die Einziehung der 25-Pfennig-Stücke.

Die „Deutsche Parlaments-Correspondenz" schreibt:

Der Bundesrat hat mit Rücksicht auf die Beanstandungen, die das 25-Pfennig-Stück wegen seiner äußeren Beschaffenheit erfahren hat, zunächst beschlossen, die weiteren Ausprägungen dieser Münze einzustellen. Aus einer Erklärung des Reichsschatzsekretärs Kühn geht aber hervor, daß auch eine Wiedereinziehung der Stücke in Aussicht genommen ist. Das kann jedoch nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, weil das neue Geldstück durch das Münzgesetz vom Jahre 1908 zur Einführung gelangt ist. Wann ein entsprechendes Gesetz dem Reichstag vorgelegt werden wird, steht gegenwärtig noch nicht fest. Bis zum Ende des Rechnungsjahres 1911 waren für 7½ Millionen Mark 25-Pfennig-Stücke im Umlauf. Die Ausprägung weiterer Stücke wurde erforderlich, weil wiederholten Anträgen der Reichsbank auf Ueberlassung dieser Münzen nicht entsprochen werden konnte. Nach einer anfänglichen Ablehnung nahm also damals der Verkehr die neue Münze doch auf. Es wurde dann vom Bundesrat im Beginn des Jahres 1912 beschlossen, innerhalb der nächsten beiden Jahre für weitere 5 Millionen Mark Stücke auszuprägen. Dieser Beschluß ist nicht mehr voll zur Durchführung gelangt, denn nach den Neuprägungen des Jahres 1912 stellte sich ein Rückfluß der Münzen in die Kassen der Reichsbank ein. Die Prägungen für das laufende Jahr wurden daher eingestellt. Damit ist zum drittenmal der Versuch gescheitert, eine Münze zwischen dem 50-Pfennig-Stück und dem 10-Pfennig-Stück einzuführen. Durch das Münzgesetz vom Jahre 1873 wurde das 20-Pfennig-Stück in Silber und durch das Gesetz vom Jahre 1886 das 20-Pfennig-Stück in Nickel eingeführt. Beide Münzarten wurden aber durch die Novelle zum Münzgesetz vom Jahre 1900 wieder beseitigt und im Jahre 1902 außer Kurs gesetzt, die Silbermünze, weil sie zu klein, die Nickelmünze, weil sie zu unhandlich war. Schon wenige Jahre darauf wurde erneut das Bedürfnis nach einer Zwischenmünze empfunden. Handelskammern und industrielle Körperschaften sprachen sich für die Ausprägung eines 25-Pfennig-Stückes in Nickel aus. Ein solches wurde durch die Münznovelle vom Jahre 1908 eingeführt und auf Grund eines Wettbewerbs unter deutschen Künstlern im Jahre 1909 in seiner Form festgestellt. Nunmehr ist auch das Schicksal dieser Münze wieder entschieden, und ihr Verschwinden aus dem Verkehr ist nur noch eine Frage der Zeit.

Das empfindliche Frankreich.

Die Worte, die König Konstantin an Kaiser Wilhelm bei der Verleihung des Marschallstabes gerichtet hat, haben in Paris Mißstimmung erzeugt, weil der König in seiner Ansprache die Verdienste der französischen Militärmission in Griechenland nicht erwähnt hatte. Inzwischen haben ja die offiziösen Athener Kreise Pflaster auf die brennende Wunde Mariannens gelegt. Die „Agence d'Athènes" hat versichert, daß Griechenland und sein König Bewunderung und Sympathie für Frankreich hegten, und der griechische Gesandte in Paris, Graf Romanos, hat in den Spalten des „Matin" — wir berichteten es bereits — dieses Geständnis wiederholt. Aber dies alles genügt dem „Matin" nicht. Nach seiner Ansicht ist die Würde Frankreichs, der Stolz auf sein Heer beleidigt. Nichts anderes verlangt das Blatt, als daß König Konstantin seine Rede korrigiere, ehe ihn am 21. September der Präsident der französischen Republik zum Mahle im Elysée ladet. „Das Mißverständnis muß beseitigt werden", sagt der „Matin", der im einzelnen folgendes ausführt:

„Hätte König Konstantin sich damit begnügt, seine Bewunderung für die deutsche Militärtaktik auszudrücken, so hätte er bei niemandem in Frankreich dadurch anzustoßen. Er ist viel weiter gegangen. Seine Worte bedeuten, daß er dem General und den französischen Offizieren, die seit drei Jahren voll Aufopferung an der Hebung